

Rainer Arnold

- (A) Mit der Wirklichkeit hat das alles nichts zu tun, und zwar deshalb nicht, weil eine Absenkung des **Personalumfangs** bei der Bundeswehr um 40 000 Zeitsoldaten nicht nur die Bundeswehr verändern würde – dazu sage ich noch etwas –, sondern auch der Bedeutung und den Interessen unseres Landes in Europa und innerhalb der NATO in keiner Weise gerecht würde. Ich glaube schon, dass es zu einer moderaten Absenkung des Personalumfangs kommen muss. Aber wer den Personalumfang um 40 000 auf 150 000 senken will, der muss eines wissen: Ja, dies kann man machen. Die Briten machen es ähnlich. Es lohnt sich aber, genau zu schauen, was es für das innere Gefüge einer Armee bedeutet, wenn Soldaten häufig und langandauernd im Einsatz sind, herausgelöst aus Familie, sozialem Umfeld, Elternbeirat, Kirche und Verein. Dies ist dann eine Armee, die mit der deutschen Tradition und Kultur, mit Staatsbürgern in Uniform und innerer Führung, am Ende nichts mehr zu tun hat. Dies alles haben Sie nicht abgewogen und nicht diskutiert.

(Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt: Selbst wenn Ihre Kommission am Ende sagt, eine Absenkung um 40 000 Mann sei absurd, und es zu einer moderaten Absenkung des Personalumfangs kommt, ist das in keiner Weise mit Ihrem vorgelegten Entwurf des Wehrrechtsänderungsgesetzes kompatibel. Wenn wir die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten senken, brauchen wir logischerweise auch weniger Wehrpflichtige, damit es im Lot ist und keine zu großen Ausbildungskapazitäten gebunden werden. Aber das können Sie gar nicht. Das Bundesverfassungsgericht wird Ihnen die Rote Karte zeigen, wenn Sie immer weniger junge Menschen einberufen. Wir haben schon jetzt das Problem, dass ein einfaches „Weiter so“ bei der Wehrpflicht – die Union wollte ursprünglich nach dem Motto „Augen zu und durch“ verfahren – in keiner Weise machbar ist, und zwar nicht nur in verfassungsrechtlicher Hinsicht.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Auch die veränderte Berufs-, Ausbildungs- und Studienwelt ist in keiner Weise mehr kompatibel mit der derzeitigen Einberufungspraxis.

Nun reden Sie häufig davon, dass Sie Gemeinsamkeit und **Konsens** suchen. Die Wehrpflicht wäre ein Musterbeispiel für die Organisation eines Konsenses in der Gesellschaft. Sie ist mehr als eine Einzelentscheidung der gerade vorhandenen Mehrheit. Vielmehr geht es um Grundüberzeugungen vieler Menschen sowie die innere Verfasstheit und Struktur der Bundeswehr. Herr Minister, wir bieten Ihnen nochmals an: Reden Sie mit uns auch über den Vorschlag, den meine Partei seit langem auf den Tisch gelegt hat! Dieser Vorschlag bedeutet im Kern: Lasst uns in allen – in allen! – gesellschaftlichen Bereichen die **Freiwilligkeit** stärken – das ist eine akzeptierte, positive Idee – und beruft diejenigen jungen Männer zur Bundeswehr ein, die sich freiwillig entschieden haben, ihren Grundwehrdienst zu leisten. Das funktioniert in anderen Ländern im Norden Europas recht gut. Darüber müssen wir reden; denn dieses Modell bietet die Chance, ohne Ärger mit den Gerichten weniger junge Menschen einzuziehen. Das Modell bietet eine

weitere Chance. Die eigentlich richtige, gute Idee der Wehrpflicht, die im Kern bedeutet, dass man in unserem Land nicht alles kaufen kann und es eine gemeinsame, kollektive Verantwortung der Gesellschaft zur Wahrung der Sicherheit gibt, bliebe erhalten. (C)

Es ist uns sehr ernst, und wir bitten Sie eindringlich: Stoppen Sie den Schweinsgalopp! Reden Sie mit der Opposition und lassen Sie uns miteinander eine intelligente und verträgliche Regelung suchen! Das heißt im Klartext: Nehmen Sie den vorliegenden Gesetzentwurf vom Tisch! Wenn Sie, Herr Minister, nicht zur Einsicht kommen, hoffe ich sehr, dass die Bundeskanzlerin Sie stoppt, so wie sie es in den letzten Tagen schon ein paar Mal machen musste.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: So ein Unsinn!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Die Kollegin Elke Hoff erhält nun das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Elke Hoff (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Arnold, ich schätze Sie sehr aus der Zusammenarbeit im Verteidigungsausschuss. Sie reklamieren immer wieder Seriosität bei der Beurteilung der Verteidigungspolitiker. Das hätten Sie heute selbst an dieser Stelle, also in dieser wirklich wichtigen Debatte, zum Ausdruck bringen können. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Diskussion der vergangenen Wochen in der Öffentlichkeit, aber auch unter den Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages hat sehr deutlich gemacht, dass die Bundeswehr einen weiteren Schritt auf einem sehr schwierigen Weg hin zu den Einsatzrealitäten und den voraussichtlichen **Sicherheitsszenarien** der Zukunft eingeschlagen hat. Ich glaube, dass diese Diskussion trotz aller Kontroversität wichtig und richtig ist. Den Menschen wird nämlich die Möglichkeit gegeben, darüber nachzudenken, ob sich die zukünftigen Strukturen der Bundeswehr an Szenarien der Vergangenheit oder an Szenarien der Zukunft orientieren sollten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Viele Kolleginnen und Kollegen haben bei ihren Besuchen im Einsatz oder auch bei Standortbesuchen die Erfahrung machen können, dass die heutigen Anforderungen an die Bundeswehr die an eine professionelle Armee sind. Bis heute hat mir noch niemand erklären können, warum Grundwehrdienstleistende in diesem Kontext eine derart wichtige Rolle spielen, dass die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr durch eine Verkürzung der Wehrdienst-dauer beeinträchtigt wird.

(Beifall bei der FDP)

**Elke Hoff**

- (A) Ich würde mich sehr freuen, wenn wir das, was bisher Gültigkeit hatte, zur Kenntnis nähmen. Ich habe hohen Respekt vor jedem Kollegen, der sagt, dass in seiner Wahrnehmung, dass nach der Tradition, in der er aufgewachsen ist, in der er die Bundeswehr wahrgenommen hat, in der er selber an der Bundeswehr teilgenommen hat, es für ihn schwer ist, diesen **Paradigmenwechsel** zu vollziehen. Wenn wir uns die Aufgaben anschauen, die zurzeit nicht nur auf die Bundeswehr, sondern auch auf andere nationale Armeen zukommen, dann können wir feststellen, dass die Wehrpflicht den geringsten Anteil an einer angemessenen Ausrichtung der Streitkräfte auf die Zukunft hat.

(Beifall bei der FDP)

Es ist bereits an vielen Stellen gesagt worden: Diese Frage darf nicht vor dem Hintergrund der finanziellen Zwänge und der Haushaltskonsolidierung betrachtet werden. Ich möchte Sie an dieser Stelle gern an Art. 87 a Abs. 1 des Grundgesetzes erinnern. Dort steht:

Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.

Insofern halte ich die Diskussion auch in der Verknüpfung mit dem, was wir für die Zukunft unserer Bundeswehr leisten können und wollen, für unabdingbar.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Selbst wenn man sich dazu entschließen würde, die Bundeswehr um 40 000 Zeit- und Berufssoldaten zu reduzieren, ergäbe sich daraus zwingend, dass die Wehrpflicht nicht mehr zu erhalten ist,

(Johannes Kahrs [SPD]: Eine Bankrotterklärung! – Rainer Arnold [SPD]: Warum machen Sie dann ein solches Gesetz?)

weil die Möglichkeiten der Ausbildung von Grundwehrdienstleistenden nicht gegeben sind. Ich darf Ihnen dringend ein Gespräch mit dem Generalinspekteur und den Inspektoren der Bundeswehr empfehlen, damit Sie sich einmal mit den Grundlagen für unsere Entscheidung sehr intensiv und auch vertieft beschäftigen können.

Wir werden den heute von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf, der auf den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP fußt, verabschieden. Wir sind nämlich der Auffassung, dass es notwendig ist – die Bundesregierung hat uns davon überzeugt –, den jungen Männern Planungssicherheit zu gewährleisten. Wir reden hier über eine Größenordnung von etwa 10 000 Grundwehrdienstleistenden, die am 1. Juli ihren Dienst antreten. Auch von den Verantwortlichen in der Bundeswehr habe ich bis heute keine Signale bekommen, dass man nicht in der Lage sei, die Verkürzung des Wehrdienstes zu bewältigen. Wir glauben, dass wir den jungen Männern diese Sicherheit einfach schuldig sind, bis innerhalb der Regierung eine endgültige Vereinbarung, wie es mit der Wehrpflicht in Zukunft weitergeht, gefunden ist.

Wir als FDP-Fraktion werden dem vorgelegten Gesetzentwurf deshalb zustimmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Kollege Paul Schäfer für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon ein tolles Schauspiel, das diese schwarz-gelbe Koalition, eine Wunschkoalition, seit Beginn ihrer Regierungszeit bietet. Das Rad der Tollheiten dreht sich immer schneller. Beispiel: Bundeswehrreform. Es wird eine Strukturkommission eingesetzt. „Alles auf den Prüfstand“, heißt es. Später hört man nach dem Motto „Darf es ein bisschen weniger sein?“. Es geht um die Optimierung der Führungsstrukturen. Jetzt, nach den Sparbeschlüssen, sieht alles schon wieder ganz anders aus. Gleichzeitig wird ein wichtiger Bereich aus diesem Reformprojekt ausgegliedert, nämlich die Wehrpflicht, also die Frage, ob man Zehntausende von jungen Männern einrücken lässt. Das ist eine wichtige Stellschraube, wenn es um den Personalumfang der Bundeswehr geht. Das also wird herausgelöst, weil man sagt: Wir müssen ganz schnell etwas präsentieren.

In dieser Frage ist die Koalition aber tief gespalten. Die einen wollen aussetzen, und die anderen wollen aussetzen, das heißt, alles so lassen, wie es bisher ist. Was kommt dabei heraus? Ein Gesetzentwurf, mit heißer Nadel gestrickt: drei Monate Verkürzung des Wehrdienstes und des Zivildienstes. Der CDU-Finanzminister erhebt Einspruch. Der FDP gefällt es nicht. Kaum liegt der Gesetzestext auf dem Tisch, kommt die Finanz- und Euro-Krise über uns. Das kann man wirklich schon sagen: Der vorliegende Gesetzentwurf ist bereits heute Makulatur, und das ist ganz deutlich gesagt worden. (D)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besser gesagt: Die Finanzkrise ist nicht über uns gekommen; sie ist Ergebnis der falschen Politik der letzten Jahrzehnte.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil man mit dreistelligen Milliardenbeträgen die Banken retten muss, Finanzmärkte stabilisieren muss, steigen die Staatsschulden exorbitant.

Jetzt heißt es: Sparen, bis die Schwarte kracht. Seitdem dämmert auch Ihnen die Erkenntnis, dass der Verteidigungsetat als drittgrößter Batzen im Bundeshaushalt ebenfalls zur Ader gelassen werden muss. Es dämmert auch Ihnen ein bisschen die Erkenntnis: Bei Beschaffung und Personal kann man nur längerfristig Einsparungen erzielen. Deshalb – das ist genau der Vorgang, mit dem wir es zu tun haben – ist plötzlich die Wehrpflicht kein Tabu mehr. Deshalb wird jetzt zart angedeutet: Wir werden uns zwar noch ein bisschen Zeit lassen, aber im Grunde genommen – das pfeifen die Spatzen von den